



Diese Arbeit ist lizenziert unter der Creative Commons Lizenz „Namensnennung-Keine kommerzielle Nutzung-Keine Bearbeitung 3.0 Deutschland“. Sie dürfen das Werk vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen. Weitere Information finden sich hier: <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/>

Studienbegleitende Hausarbeit

Parteiensoziologie in Deutschland zu Beginn des 20. Jahrhunderts

Jan H. Terstegge

Universität Bielefeld
Fakultät für Soziologie
Sommersemester 2004
Veranstaltung: Politische Organisationen
Veranstalter: Dr. Hendrik Vollmer

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	3
2. Robert Michels – Soziologie des Parteiwesens	5
3. Max Weber – Parteiwesen und Parteiorganisation	10
4. Abschließende Betrachtung	14
5. Quellen	15

1. Einleitung

Bereits Mitte des 19. Jahrhunderts gründeten sich die ersten Parteien in Deutschland, zu dieser Zeit noch als loser Zusammenschluss von politisch gleichdenkenden Menschen.

Parteien waren am Anfang ihrer Geschichte reine Gefolgschaften der Aristokratie. Es entstanden politische Klubs, in denen sich Menschen zusammenfanden, die durch ihr Amt, welches sie innehatten oder durch ein großes Vermögen ein hohes Prestige besaßen und sich in ihrer freien Zeit mit der Lenkung der Gesellschaft beschäftigten. „Die Politik war formell weit überwiegend Nebenberuf.“ Dies trug dazu bei, dass die Strukturen innerhalb jeder Partei eher lose waren.¹ Diesen Weg zur Entwicklung der Honoratiorenpartei sind alle deutschen Parteien gegangen. „Wer Führerqualitäten hatte, wurde um eben deswillen von den Honoratioren keiner Partei geduldet.“²

Der 1871 gegründete Reichstag war eine Institution, für dessen Funktion Parteien benötigt wurden, jedoch waren dies meist Honoratiorenparteien ohne eine große Mitgliederzahl. Erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts entwickelten sich diese Parteien, vor allem ausgelöst durch die Zulassung der SPD als Partei³.

Kurz nach der Reichsgründung in den 1870ern war die Nationalliberale Partei die stärkste politische Kraft. Die Bildung von Organisation schritt nur sehr langsam voran, vorrangig war die NLP jahrzehntelang eine Honoratiorenpartei⁴. Auch die Linksliberalen der DfP und der FrVP waren locker strukturiert und verzichteten auf eine Organisationsstruktur⁵, was vor allem an ihren sehr unterschiedlichen politischen Meinungen lag. Die SPD-nahe FVP hingegen hatte eine starke Organisation, auch wenn diese nicht das gesamte Reich abdeckte⁶.

Die Zentrumspartei sowie die Regionalparteien verzichteten weitgehend auf strukturierte, ausgebaute Organisationsstrukturen, hauptsächlich wegen ihrer Wahlerfolge, die eine Massenwerbung überflüssig machten.⁷

1 Weber 1972, S. 841

2 Weber 1972, S. 850

3 Fenske 1994, S.143ff.

4 Fenske 1994, S. 112ff.

5 Fenske 1994, S. 123f.

6 Fenske 1994, S. 126

7 Fenske 1994, 128ff.

Die Konservativen Parteien waren vor allem Honoratiorenparteien bei denen zwar eine Organisation vorhanden, diese allerdings eher unbedeutend war.⁸

Die Sozialdemokratie, bereits 1877 in der SAP stark organisiert, fuhr innerhalb kürzester Zeit relativ hohe Wahlerfolge ein. Zwar verbot das Sozialistengesetz ab 1878 jegliche sozialdemokratische Tätigkeit, dies hatte jedoch keinerlei Auswirkungen. Ab 1905 wurde die Organisation weiter vorangetrieben, vorrangig durch starke Orts- und Bezirksvereine, hohe Mitgliederzahlen und starker Mitwirkung von Frauen (ab 1908). „Das sozialdemokratische Milieu wurde völlig durchorganisiert“.⁹

Zahlreiche führende Akademiker waren zu dieser Zeit eher politisch liberal-links orientiert, Max Weber als Mitbegründer der DDP (Deutsche Demokratische Partei) sowie Robert Michels de einige Jahre Mitglied der SPD und der italienischen sozialistischen Partei war. Michels wandte sich später allerdings den faschistischen Parteien zu.

8 Fenske 1994, S. 134ff.

9 Fenske 1994, S. 143ff.

2. *Robert Michels – Soziologie des Parteiwesens*

Das Parteileben weist grundsätzlich einen Zug zur Demokratie auf, da es sich meistens auf dem Prinzip der Mehrheit gründet, immer jedoch auf dem Prinzip der Masse. Dementsprechend ist das Prinzip der Wahl durch die Massen, welche beworben werden müssen, ursprünglich für das Bestehen von Parteien unabdingbar. Selbst die antidemokratischen aristokratischen Parteien müssen „sich in gewissen Perioden des politischen Lebens zur Demokratie bekennen“.¹⁰

Im allgemeinen identifiziert sich eine Partei als Partei aller, nur die sozialistischen Parteien führen zum Teil an, das sie Klassenparteien sind.¹¹ Alle Parteien sind weiterhin organisierte Parteien, denn „ohne Organisation ist die Demokratie nicht denkbar“. Die Organisation ist die „Waffe der Schwachen im Kampfe mit den Starken“¹², das Organisationsprinzip muss also als Grundlage der sozialen Kampfesführung der Massen betrachtet werden.¹³

Vor jeder starken Organisation liegt eine Basisdemokratie, bei der alle Organisierten gleichberechtigt sind. Durch zunehmende Organisation wird es erforderlich, das bestimmte Ämter mit Personen besetzt werden, deren Fähigkeiten zur Organisation beizutragen, stärker sind, als die anderer – das Bedürfnis nach Delegierten entsteht¹⁴. Der Führer, welcher ursprünglich der Diener der Masse war, wird zum Leiter der Masse¹⁵, da diese leichter zu beherrschen ist, da „ihre Zustimmung [...] bedingungsloser ist und sie [...] nicht leicht den Widerspruch kleiner Minoritäten oder gar Einzelner zuläßt“¹⁶. „Die Macht der Führer wächst im gleichen Maßstabe mit der Ausbreitung der Organisation“¹⁷, jedoch ist damit auch die Verringerung der Übersichtlichkeit der Organisation verbunden. Die Aufgaben der Verwaltung wachsen mit den Mitgliederzahlen, was damit verbunden ist, dass die Regelung von Verwaltungsangelegenheiten zu einem großen Teil den bezahlten Funktionären überlassen wird. Die demokratische Kontrolle schrumpft zusammen und immer mehr Funktionen werden von Vorständen anstatt von Wahlvereinen geregelt. Das Prinzip der Arbeitsteilung drängt sich auf und es

10 Michels 1911, S. 3

11 Michels 1911, S. 18

12 Michels 1911, S. 21f.

13 Michels 1909, S. 244

14 Michels 1911, S. 27

15 Michels 1909, S. 245

16 Michels 1911, S. 25

17 Michels 1911, S. 33

bildet sich „eine streng abgegrenzte Hierarchie mit vielen Instanzen“.¹⁸ Da eine Partei aber auch eine Kampforganisation ist, hat sie sich dem Grundgesetz der Taktik, der Schlagfertigkeit zu fügen. Da Demokratie aber mit Schlagfertigkeit unvereinbar ist, wird klar, dass eine große Organisation, die nicht auf Zentralismus aufbaut, kampfungeeignet ist, solange sie auf dem Demokratieprinzip basiert.¹⁹

Nur eine Minderheit der Parteimitglieder nimmt aktiv an der Partei teil. „Beschlüsse [...] gehen häufig von einer Handvoll Mitglieder aus“²⁰, da die Mehrzahl der Parteimitglieder froh ist, wenn sich Menschen finden, die als Organisatoren dienen. Diese Organisatoren bilden ein parlamentarisches Objekt. Durch die parlamentarische Arbeit, das Wissen, das sie dabei erwerben und die Routine im Umgang mit anderen führenden Parteimitgliedern entfernen sich die Führer immer weiter von den Wählern, sie werden nach und nach „gebildet“²¹.

Nach der Schaffung eines berufsmäßigen Führertums folgt die Entstehung eines stabilen und unbeweglichen Führertums. Die Spitzen werden „inamovibel und inviolabel wie nur [...] eine aristokratische Körperschaft“.²² Dies ist z.B. bei Parteikongressen stark sichtbar. Einmal Delegierte bleiben ununterbrochen im Amt: „Aus der Wahl für einen bestimmten Zweck wird eine Anstellung auf Lebenszeit“. Da es erforderlich ist, dass nicht an demokratischen Grundsätzen festgehalten wird, da es ansonsten durch ständige Führungswechsel zu intensiven Parteidifferenzen kommen würde, erwarten die Führer der Partei eine vollkommene Urteilslosigkeit der Masse. Die Führung wird weiterhin versuchen, aus Gründen der Kompliziertheit, jegliche direkte durch eine indirekte Wahl zu ersetzen, um die Wahrscheinlichkeit, im Amt zu bleiben, noch zu erhöhen. Jegliche Kritik an der bisherigen Politik wird als „boshafter Versuch der Untergrabung der Parteidisziplin und Verhetzung [...] gebrandmarkt“. Die Führer werden erklären, dass sie den Willen der Masse ausführen, da diese sie wählt.²³

Allerdings muß jeder Führer auch weiterhin „Kontakt mit den Gefühlen und Meinungen der Masse halten, denen er seine Stelle verdankt“. Die Mehrheit der Wähler und Genossen haben keinen Einblick in die aktuellen Tätigkeiten des Führers, weshalb er gezwungen ist, sich „von Zeit zu Zeit in Erinnerung zu

18 Michels 1909, S. 46

19 Michels 1911, S. 41

20 Michels 1911, S. 50

21 Michels 1911, S. 79f.

22 Michels 1911, S. 93ff.

23 Michels 1909, S. 251ff.

bringen“.²⁴

Da jede Oligarchie „ihrem eigenen Nachwuchs gegenüber argwöhnisch ist“, da dieser noch zu Lebzeiten der bisherigen Führer den Nachfolger bilden wird²⁵, beanspruchen die Führerzentralen auch „das Recht der Einmischung in die demokratischen Funktionen der einzelnen Glieder des Gesamtverbandes“²⁶. Die bisherigen Führer achten darauf, neue Bewegungen ohne Führer so zu beeinflussen, dass jeder Konkurrenz und jeder neuen Richtung vorgebeugt wird und diese verhindert wird.²⁷ Eine weitere Möglichkeit zur „Übernahme“ ist die Vergabe von hohen aber unbedeutenden Ämtern an mögliche ininterparteiliche Konkurrenz.²⁸

Ist es dennoch neuen Führern gelungen, die alten zu entmachten, so geht auch in ihnen die Umwandlung vor, die sie in der Substanz zum Verwechseln ähnlich dem vorherigen Führer gegenüber machen. „Die Revolutionäre der Gegenwart sind die Reaktionäre der Zukunft“.²⁹

Den Massen ist weiterhin verborgen, dass alle Ausdrücke des Sprachgebrauchs die eine Demokratie der Mehrheit beschreiben, nur ein Prinzip angeben und keinen Tatbestand. Aus diesem Grund muss die Wissenschaft die Massen darüber aufklären, da ansonsten die Demokratie keine sichere Zukunft hat. Der Kampf um große Prinzipien ist unmöglich, denn die Betreibung einer prinzipiellen Politik verbietet sich, so Michels, durch die Rücksichtnahme auf neuangegliederte Elemente der Partei, die von der Ideenwelt des Sozialismus noch weit entfernt sind.³⁰

Durch diese Rücksichtnahme entsteht auch das Problem, dass die Partei mit wachsender Kraft und Stärke ihrer Organisation nicht an Dynamik gewinnt, sondern ängstlich darauf bedacht ist, „alles zu vermeiden, was ihn (den Staat) übermäßig reizen könnte“, da sie „in ihrer Existenz von ihm abhängig“ ist. Die Partei wird, sobald sie „politisch reif geworden ist“ ihr Programmziel so verändern, dass sie nur „im besten Sinne des Wortes' revolutionär“ ist, nicht aber in der Praxis. Die Partei wird in ihrem Programm vorrangig solche Ziele hervorheben, die sie in ihre jetzige Position gebracht haben, sie wird die von

24 Michels 1911, S. 174f.

25 Michels 1911, S. 177

26 Michels 1911, S. 181

27 Michels 1911, S. 182

28 Michels 1911, S. 184

29 Michels 1911, S. 191f.

30 Michels 1909, S. 256f.

Michels sogenannte ‚alte glorreiche Taktik‘, das heißt die Taktik, die sie groß gemacht hat“ nutzen. Die Organisation wird „aus einem Mittel zum Zweck zu einem Selbstzweck“. Mit ihrer Entwicklung verliert die Partei „ihre revolutionären Giftzähne“, das heißt, sie legt alle Verhaltensweisen ab, die sie kompromittieren könnten (auch wenn sie dadurch an Rechten einbüßt) und „wird zu einer gut konservativen Partei, die sich zwar ihrer revolutionären Terminologie weiter bedient [...] die aber in der Praxis [...] die Aufgabe einer konstitutionellen Oppositionspartei erfüllt“³¹.

Michels stellt sich abschließend die Frage, ob die oligarchischen Tendenzen der Organisation in irgendeiner Weise zu stoppen sind. Möglicherweise, so Michels, ist auch sozialistische Politik Utopie. Da Macht stets konservativ ist, wird jegliche demokratische Arbeit nur langsam voranschreiten und in dem Moment zum Stillstand kommen, in dem die Opposition der äußersten Linken an der Regierung mitarbeitet.³²

Michels weist darauf hin, dass die Oligarchie der Führer allerdings teilweise durchbrochen wird, indem sich die Massen auflehnen und dem Führer ihren Gehorsam aufkündigen. Den Massen selbst unterliegt der Führer allerdings niemals, da auch das Auflehnen der Massen nur ein Teilaspekt eines Führergruppenkampfes ist.³³

Einzig die marxistische Doktrin, die den Staat mit der herrschenden Klasse identifiziert, kann den bestehenden Theorien, welche die „immanente Notwendigkeit einer dauernden Existenz der ‚politischen Klasse‘ aufstellen“, entgegenreten. Problemhaft ist bei den Sozialisten allerdings, das sie in der Beurteilung der Gegenwart einen übertrieben scharfen Pessimismus an den Tag legen, während für die Zukunft ein übermäßig positiver Optimismus angenommen wird.³⁴

Im Wesen der Demokratie liegt es, „die geistigen Fähigkeiten zur Kritik und zur Kontrolle im Einzelnen zu stärken“. Bereits am Anfang des 20. Jahrhunderts ist zu beobachten, so Michels, dass die Führer der Reichen weitaus weniger Macht haben als die Führer der Armen, was aufzeigt, dass erhöhte Bildung die Fähigkeit zur Kontrolle erhöht.³⁵

31 Michels 1909, S. 258ff.

32 Michels 1911, S. 350f.

33 Michels 1909, S. 260

34 Michels 1911, S. 386

35 Michels 1911, S. 390

Die „Nachteile der Demokratie sind nicht zu verkennen“. Dennoch sieht Michels die Regierungsform der Demokratie als das geringere Übel gegenüber der Monarchie an. „Das Ideal wäre eine Aristokratie sittlich guter und technisch brauchbarer Menschen“, so Michels, allerdings sind diese Menschen nur schwerlich zu finden. Möglich wäre eine Form der Auslese, wie die Demokratie sie in Grundzügen trägt, niemals jedoch durch das in der Monarchie verankerte Prinzip der Erbschaft. Die Gefahren, die durch die oligarchischen Tendenzen der Demokratie entstehen, können nur durch einen klaren Einblick in ihre Strukturen vermindert werden, wenn auch nicht völlig verhindert.³⁶

36 Michels 1911, S. 391

3. *Max Weber – Parteiwesen und Parteiorganisation*

Parteien existieren grundsätzlich, so Weber, unabhängig von einer Verfassung, die sie in ihrem Wesen beschränkt. Sie sind freiwillig geschaffene Organisationen, deren Ziel hauptsächlich die Stimmenwerbung für Wahlen ist³⁷. Eine Reglementierung durch Gesetz kann nur die ‚Kampfbregeln‘ auf dem Wahlschlachtfeld“ beeinflussen, jedoch nicht den Parteikampf an sich³⁸. Während die Parteien am Anfang noch Honoratiorenparteien waren, so sind sie in modernen Formen der Parteiorganisation scharf vom Honoratiorenprinzip abweichend. Sie sind Organisationen für die Massen – sie benötigen das Massenwahlrecht und die Notwendigkeit der Massenwerbung. Weber bezeichnet sie auch als „Kinder der Demokratie“³⁹, da formell eine weitgehende Demokratisierung stattfindet und nicht mehr die örtlichen Honoratioren die Grundprinzipien bestimmen, sondern Versammlungen der organisierten Parteimitglieder.⁴⁰

Zwei Hauptprinzipien bestimmen, nach Weber, den Aufbau einer Partei:

Zum einen kann sie eine Amtspatronage-Organisation sein, deren Ziel ist, „durch Wahlen ihren Führer in die leitende Stellung zu bringen, damit er dann seiner Gefolgschaft [...] die staatlichen Ämter zuweist“⁴¹. Dieses Prinzip, das vor allem aus der Idee entstanden ist, eine Bürokratenkaste zu vermeiden, ist vor allem in den USA ausgeprägt, da dort kein parlamentarisches System besteht. Bereits Anfang des 20. Jahrhunderts⁴² erkannte Weber, dass auch in den USA eine Bürokratie europäischer Art im Entstehen begriffen ist, da es immer notwendiger wird, bestimmte Ämter durch fachgeschulte Beamte zu ersetzen⁴³.

Das zweite Hauptprinzip macht Parteien zu Interessenparteien. Zum einen existieren Weltanschauungsparteien, „welche also der Durchsetzung inhaltlicher politischer Ideale dienen wollen“⁴⁴. Weber nennt als Beispiel die deutsche Zentrumspartei der 1870er sowie die Sozialdemokratie bis zu ihrer Durchbürokra-

37 Weber 1972, S. 837

38 Weber 1972, S. 838

39 Weber 1972, S. 842

40 Weber 1972, S. 843

41 Weber 1972, S. 839

42 Die Erstausgabe von „Wirtschaft und Gesellschaft“ erschien bereits 1921/22, zu diesem Zeitpunkt war Weber jedoch bereits schon tot, sodass diese Äusserung bereits Jahre vorher von Weber geschrieben wurde.

43 Jedoch ist bekanntlicherweise auch heute, rund 100 Jahre später, dieses System nach wie vor relativ unverändert, da jede Partei entsprechend fachgeschulte Beamte beschäftigt, die im Falle eines Wahlsieges in die entsprechenden Ämter „gesetzt“ werden.

44 Weber 1972, S. 839

tisierung. Weiterhin können Parteien vorwiegend die Interessen von Ständen oder Klassen vertreten, dann sind sie, so Weber, als Klassenparteien zu bezeichnen⁴⁵. Normalfall jedoch ist, dass Parteien beide Hauptprinzipien vereinen. Die Amtspatronage findet vor allem in den hohen Führungsebenen statt, während die meisten niedrigeren Ämter parteiunabhängig besetzt werden. Dieses Ziel wird durch ein entsprechendes Parteiprogramm, welches die Wahlberechtigten beeinflussen soll, erreicht. Dabei kommt es vor, dass reine „Stellenjägerparteien“ entstehen, „welche ihr sachliches Programm je nach Chancen des Stimmenfangs abändern“⁴⁶

Parteien können auf drei verschiedenen Typen von legitimer Herrschaft basieren. Sie können charismatisch-plebiszitär sein, das heißt, sie vertreten den Glauben an einen Führer, oder aber, sie können traditional sein, dann glauben sie an das soziale Prestige des Herrn durch Geburt, oder aber sie sind rational, dann sind sie geführt von Leitern/Führungsstäben, die durch Abstimmung kraft Satzung gewählt wurden.⁴⁷

Die Führungsriege der Partei, welche für die „Finanzierung mit Hilfe von Parteimäzenaten oder wirtschaftlichen Interessenten [...] oder durch Mitgliedsbeiträge“⁴⁸ sorgt, beeinflusst das jeweilige Parteiprogramm. Die Parteiführungsriege baut, so Weber, auf den drei Hauptqualitäten der Politiker, Leidenschaft, Verantwortungsgefühl und Augenmaß, auf⁴⁹. Der Politiker arbeitet weiterhin „mit dem Streben nach Macht als unvermeidlichem Mittel“⁵⁰ was nicht als negativ angesehen werden sollte, solange das Machtstreben nicht „unsachlich und ein Gegenstand rein persönlicher Selbstberauschung wird“⁵¹.

Unabdingbar für das qualitativ hochwertige Funktionieren einer Partei sind jedoch nicht nur die drei Hauptqualitäten der Politiker, sondern auch die Qualität der Organisation der Bürokratie, da alle Parteien⁵² am Ende des 19. Jahrhunderts dazu übergegangen sind die Bürokratisierung zu fördern, um ihre Wahlkampftechnik zu rationalisieren. „Die reale Arbeit leisten in allen Organisationen zunehmend die

45 Weber 1972, S. 167

46 Weber 1972, S. 839

47 Weber 1972, S. 168; Die drei Typen legitimer Herrschaft sind näher erläutert auf S. 124 des gleichen Werks

48 Weber 1972, S. 837

49 Weber 1973, S. 167

50 Weber 1973, S. 169

51 Weber 1973, S. 169

52 Weber bezieht sich dabei zwar nicht eindeutig auf die Parteien in Deutschland, es ist jedoch anzunehmen, dass er diese meint.

bezahlten Angestellten und Agenten aller Art⁵³. Dieser pekuniär- oder personalabhängige Betrieb schafft einen Menschenapparat, „die 'Maschine', wie man ihn [...] nennt“.⁵⁴

Neben den „formal-legal organisierten Parteien im formal-legalen Verband“⁵⁵ können weiterhin noch Parteien existieren, die andere primäre Ziele haben. Weber nennt dabei die charismatischen, die traditionalistischen, die Glaubens- sowie die Appropriations-Parteien.⁵⁶

Durch den oben angesprochenen „Einzug der plebiszitären Demokratie“, durch die Schaffung von Menschenmaschinen, wird die charismatisch-plebiszitäre Demokratie gefördert. „Stete Rückschläge treten ein, sobald einmal kein allgemein anerkannter Führer da ist“, wobei der Aufstieg von Führern durch bürokratisierte Organisationen gefördert wird, da die Interessen von untergeordneten Beamten stark an die durch einen Führer erhofften Auswirkungen der Parteimacht geknüpft sind. Behindert wird der Aufstieg dort, wo noch Honoratioren agieren, die der Überzeugung unterliegen, dass ihre parteipolitische Erfahrung in ihrem lokalen „Vorstands- oder Ausschußmitgliedspöstchen“ von zentraler Bedeutung ist. In den ländlichen Gegenden, aber auch im Kleinbürgertum, vertraut der Wähler auf ihm bekannte Honoratiorennamen und mißtraut Führungspersonen, die ihm unbekannt sind.⁵⁷ Deshalb wird „der aktive lokale Betrieb meist nebenamtlich von Honoratioren betrieben“⁵⁸. Dennoch „tritt der Parteibeamte als treibendes Element der Parteitaktik in den Vordergrund“⁵⁹.

Abschließend lässt sich sagen, dass es nach Weber nur zwei Möglichkeiten gibt:

Zum einen die Führerdemokratie mit angeschlossener „Maschine“, zum anderen die „führerlose Demokratie, das heißt: die Herrschaft der 'Berufspolitiker' ohne Beruf, ohne die inneren, charismatischen Qualitäten, die eben zum Führer machen. Und das bedeutet dann das, was [...] gewöhnlich als Herrschaft des 'Klüngels' bezeichnet [wird]“⁶⁰.

Weber sagt weiterhin, dass alle Parteien, vor allem die Sozialdemokratie kleinbürgerlich und führerfeindlich agieren, was dazu führt, dass die „künftige Art

53 „Parlament und Regierung S. 24-26“ zitiert in Weber 1972, S. 840

54 Weber 1972, S. 843

55 Weber 1972, S. 167

56 An dieser Stelle wird verzichtet, näher auf dieses Thema einzugehen, da dies den Umfang dieser Arbeit sprengen würde. Näheres findet sich bei Weber 1972, S. 168

57 Weber 1972, S. 843

58 Weber 1972, S. 848

59 Weber 1972, S. 849

60 Weber 1972, S. 850

der Gestaltung der Parteien“ und ihrer Chancen weitgehend unbekannt ist und im Dunkel verbleibt.

4. Abschließende Betrachtung

Abschließend lässt sich feststellen, dass sowohl Robert Michels als auch Max Weber grundsätzlich mehrere Formen der Regierungsform als legitim betrachten. Die Demokratie als Herrschaft des Volkes ist bei beiden als machbar und zulässig eingeschätzt, wenn auch mit gewissen Einschränkungen. Allerdings weisen sowohl Michels als auch Weber darauf hin, dass die, zum Zeitpunkt des Verfassens der jeweiligen Werke, aktuelle Form der Demokratie keine optimale Regierungsform ist.

Michels sieht als optimale Regierungsform eine Form der Aristokratie, eine Herrschaft der Besten an, bei der die Führer auserwählt, moralisch stabil und leistungsfähig sind.

Weber äußert sich weniger direkt über die optimale Regierungsform. Er führt zwei legitime Möglichkeiten an, zum einen die „Herrschaft des Klüngels“, der Berufspolitiker, die zwar von Beruf Politiker sind, jedoch ohne die Fähigkeiten innezuhaben, die für diesen Beruf qualifizierend sind. Zum anderen sieht er als Möglichkeit die Führerherrschaft mit angeschlossenem Beamtenapparat. Aus der Art seiner Formulierung lässt sich zwar interpretieren, dass er die Führerherrschaft mehr begrüßen würde als die „Herrschaft des Klüngels“, jedoch gibt er in seinem Werk keinen eindeutigen Standpunkt ab.

In beiden Grundpositionen zeichnet sich bereits der spätere Lebensweg von Michels und Weber ab. Michels tritt 1923 der faschistischen nationalen Partei Mussolinis bei, die eben jene Regierungsform, die er bereits Jahre vorher als optimal ansah, praktizierte – die Herrschaft der (vermeintlich) Besten. Weber entscheidet sich der Deutschen Demokratischen Partei der Weimarer Republik beizutreten, auch wenn dies, seiner Definition nach, eher eine Herrschaft der Berufspolitiker ohne Beruf ist, etwas, das Jahre vorher von ihm eher kritisch beschrieben wurde.

5. Quellen

- Fenske 1994 Fenske, Hans (1994) „Deutsche Parteiengeschichte“
Paderborn: Ferdinand Schönigh
- Michels 1909 Michels, Robert (1909) „Formale Demokratie und
oligarchische Wirklichkeit“. In: Lenk, Kurt und
Neumann, Franz (1968) „Theorie und Soziologie der
politischen Parteien“. Neuwied am Rhein/Berlin::
Luchterhand
- Michels 1911 Michels, Robert (1911) „Zur Soziologie des
Parteiwesens in der modernen Demokratie“
(1. Auflage). Leipzig: Werner Klinkhardt
- Weber 1972 Weber, Max (1972) „Wirtschaft und Gesellschaft“
(5. Auflage). Tübingen: Mohr Siebeck
- Weber 1973 Weber, Max (1973) „Soziologie. Universalge
schichtliche Analysen. Politik“ (5. Auflage).
Stuttgart: Alfred Kröner